

Ein gutes Leben, das sich alle leisten können

München ist eine unglaublich attraktive Stadt. Mit einem kühlen Getränk an der Isar, abends in einer Kneipe in der Maxvorstadt sitzen oder im städtischen Theater das Kulturprogramm genießen: Die Stadt hat viel zu bieten. Das führt dazu, dass viele Menschen hier leben wollen und zum Arbeiten, zum Studieren oder für ihre Ausbildung zu uns ziehen. Die Stadt wächst und diese Entwicklung überlassen wir nicht dem Markt und den Investor*innen. Wir gestalten Wachstum so, dass alle von der Vielfalt und den Chancen in dieser Stadt profitieren und das Leben hier genießen können.

Das Problem ist aber, dass sich immer mehr Menschen das gute Leben in München schlicht nicht mehr leisten können. Eine schöne Wohnung oder mit Freund*innen ins Kino und davor Essen gehen, ist für viele längst keine Selbstverständlichkeit, für einige gar keine Möglichkeit mehr. Wir reden nicht davon, dass die Stadt bezahlbar bleibt, sondern wir wollen, dass die Stadt wieder für alle bezahlbar wird.

Wir haben darauf zwei Antworten: Preise runter und Einkommen rauf! Unser Ziel ist, dass sich alle Menschen ein gutes Leben in dieser Stadt aus eigener Kraft finanzieren können. Dafür müssen die Menschen aus ihrer eigenen Arbeit mehr Einkommen und Mittel zur Verfügung haben. Gleichzeitig wollen wir als Stadt dafür sorgen, dass die Angebote, Produkte und Dienstleistungen, die die Menschen für ein gutes Leben brauchen, bezahlbar sind.

Dafür ist besonders die eigene Wohnung relevant - und zwar in zweierlei Hinsicht: Einerseits verbringen wir sehr viel Zeit in unseren Wohnungen. Andererseits bringen die meisten einen horrenden Teil ihres Lohns dafür auf. Viele Menschen können sich ihre Wohnung, geschweige denn ihre Traumwohnung mit Balkon im Lieblingsviertel, nicht mehr leisten. Auch wenn die kommunalen Mittel in der Boden- und Wohnungspolitik begrenzt sind, muss München alles tun, um gutes Wohnen für alle möglich zu machen.

München ist nicht zuletzt wegen vieler guter Arbeitsplätze so eine beliebte Stadt. Den wirtschaftlichen Erfolg Münchens wollen wir aufrechterhalten und so entwickeln, dass davon alle profitieren - vor allem die, die den Erfolg erwirtschaften: die Arbeitnehmer*innen, nicht die Investor*innen und Eigentümer*innen. Wir wollen alle Möglichkeiten der Stadt nutzen, die Beschäftigten zu unterstützen und die Wirtschaft sozial, ökologisch und lokal zu stärken. Unsere Stadt tritt gegenüber der Wirtschaft selbstbewusst auf - ohne zu gängeln, aber mit klarer Botschaft: in unserer Stadt müssen alle einen Beitrag leisten.

Wir berücksichtigen in allen unseren politischen Entscheidungen, dass sie für unterschiedliche Menschen unterschiedliche Auswirkungen haben. Wenn die Stadt nichts tut, werden diejenigen erst an den Rand und dann ganz aus der Stadt gedrängt, die über weniger Einkommen oder Vermögen verfügen. Das lassen wir nicht zu. Eine gerechte Gesellschaft, in der das Gemeinwohl für alle über den privaten Profit der Einzelnen gestellt wird, ist der Antrieb für unser politisches Engagement – jeden Tag!

Gute Arbeit, guter Lohn!

Die besten Voraussetzungen für ein lebenswertes und selbstbestimmtes Leben in München sind guter Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Der Münchner Arbeitsmarkt ist attraktiv. Es gibt viele Unternehmen in verschiedensten Branchen, die auf der Suche nach Fach- und Arbeitskräften sind. Gleichzeitig ist der Arbeitsmarkt aber aufgrund der Vielzahl von Bewerber*innen enorm kompetitiv. In unserer Stadt gibt es auch weiterhin für alle Menschen entsprechend ihren Qualifikationen und Interessen sinnstiftende Arbeit, mit der sie ihr Leben aus eigener Kraft finanzieren können.

- Wir wollen gemischte Quartiere, in denen Menschen sowohl wohnen als auch arbeiten. Wir wollen keine Schlafstädte.
- Arbeiten und Wohnen müssen in einer urbanen Gesellschaft miteinander vereinbar sein. Entstehende Konflikte zwischen Wohnen und produzierendem Gewerbe sollen über ein gestaltendes Quartiersmanagement entschärft werden. Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass kleinräumige Gewerbestrukturen in den Stadtvierteln erhalten und gefördert werden.
- Der Anstieg des Home-Office hat dazu geführt, dass viele Betriebe weniger Bedarf an Bürogebäuden haben. Wir wollen, dass gewerblich genutzte Gebäude einfacher in Wohnungen umgewandelt werden können.
- Wir wollen, dass München als feministische Kommune eine Vorreiterrolle bei der Abschaffung des Gender Pay Gaps einnimmt. Die Stadt soll ihre eigenen Lohnstrukturen regelmäßig auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten prüfen und wirksame Maßnahmen zur Entgeltgleichheit entwickeln und umsetzen.

Unsere Stadt ist als attraktive Arbeitgeberin einerseits Vorbild für die Privatwirtschaft, andererseits zieht sie zuverlässige Mitarbeiter*innen an, die unsere Stadt jeden Tag am Laufen halten.

- Die Stadt am Laufen zu halten, ist eine dauerhafte Aufgabe, für die die Arbeitnehmer*innen gut entlohnt werden und für die sie sichere Jobs haben

müssen. Diese dauerhaften Aufgaben belassen wir in öffentlicher Hand. Wir fordern deswegen, dass dauerhafte Leistungen für das öffentliche Leben durch städtische Betriebe durchgeführt werden.

- Wir wollen ein sozial-ökologisches Vergabe-Prädikat für die Stadt München. Dadurch nehmen wir private Unternehmen in die Pflicht, unser nachhaltiges, soziales und solidarisches München mitzugestalten. Dazu gehören zum Beispiel Tarifbindung, nachhaltige Arbeits- oder Bauweise, aber auch das Mitfinanzieren von Teilhabe und sozialen Angeboten, wie zum Beispiel die „Sichere Wiese“.
- Wir fordern die Einführung einer kommunalen Vergabeordnung städtischer Aufträge. Diese soll bei Aufträgen und Förderungen die Unterstützung des Prädikats „gute Arbeit“ und Nachhaltigkeit der Unternehmen berücksichtigen. Hierbei darf die Tarifbindung nicht durch Subunternehmen und Werkverträge untergraben werden. Unserer Meinung nach sind geeignete Beträge für diese Regelung Aufträge mittlerer Größe, die noch in das nationale Vergabeverfahren fallen und dennoch an mittelständische Unternehmen vergeben werden, die – im Gegensatz zu Klein- und Kleinstunternehmen – eine Tarifbindung realistischerweise garantieren können.
- Wir fordern eine zentrale kommunale Anlaufstelle für rechtliche Beratung für Arbeitnehmer*innen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.
- Wir unterstützen die Forderung an den Bund nach einer Regionalisierung des Mindestlohns, damit nicht nur hochqualifizierte Fachkräfte ein gutes Einkommen in München haben. Die Initiative Münchner Mindestlohn wollen wir weiter ausbauen und verbindlicher gestalten.
- Wir wollen arbeiten, um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten. Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnerhalt ist für viele Menschen enorm attraktiv. Wir wollen die Möglichkeiten im Rahmen des Tarifvertrags ausloten, um kommunale Modellprojekte zur 4-Tage-Woche zu realisieren.
- Wir fordern, dass die LHM keinen Gebrauch von der Möglichkeit macht, die erlaubten Öffnungszeiten von Läden an Sonn- und Feiertagen für touristische Zwecke auszuweiten. Der Sonntag als Ruhetag muss bestehen bleiben und darf nicht unter dem Deckmantel der Touristenfreundlichkeit verwässert werden.

Aus- und Weiterbildung gegen den Fachkräftemangel!

Um das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen zu erneuern, unterstützt unsere Stadt aktiv beim Erwerb von beruflichen Qualifikationen. Gerade

Auszubildende sind eine Gruppe, die besondere Aufmerksamkeit verdient. Außerdem gibt es in unserem München für alle Zugang zu lebenslangem Lernen, damit es weniger vom Einkommen oder Vermögen abhängt, ob man Weiterbildungen erhält oder nicht. Denn: Lebenslanges Lernen dient nicht nur der Qualifizierung, sondern auch der persönlichen Weiterentwicklung.

- Wir haben dafür gesorgt, dass in München ein Azubiwerk gegründet wird. Das Azubiwerk bietet Wohnheimplätze und Beratung und fördert Mitbestimmung von Azubis. Wir wollen, dass die Anzahl der Wohnheimplätze durch Neubau und die Überführung von Bestand unter das Dach des Azubiwerks kontinuierlich steigt.
- Die Stadt und städtische Betriebe sollen weiterhin in großer Zahl und auch über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden.
- Die Stadt München soll Weiterbildungs- und berufsbegleitende Maßnahmen für ihre Angestellten verstärkt und ohne Selbstbeteiligung anbieten.
- Wir wollen kommunale Ausbildungswerkstätten, in denen Menschen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, ihren Praxisteil absolvieren können.
- Wir prüfen einen kommunalen Ausbildungsfonds, in den Betriebe einzahlen, die nicht ausbilden wollen. Dafür sollen sie Zugang zu einem Stellenmarkt bekommen, der sich explizit an die über den Fonds finanzierten Ausgebildeten richtet.
- Kleine Unternehmen oder soziale Träger, die Menschen in Mangelberufen ausbilden, wollen wir bezuschussen.
- Die Stadt soll prüfen, ob der Aufbau zusätzlicher Fahrschulen in städtischer Trägerschaft möglich ist. Bürger*innen in sozialen Schwierigkeiten mit Beruf, für die ein Führerschein essenziell ist, sollen dort einen Führerschein (unterschiedlicher Klassen) kostenlos machen können.
- Wir wollen, dass die Stadt München einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leistet. Dies soll durch gezielte Angebote zur beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung erreicht werden. Dazu fordern wir die Einrichtung einer kommunalen Berufsweiterbildung in Kooperation mit der Münchner Volkshochschule (MVHS) und privaten Unternehmen, die durch die Expertise von Unternehmen zertifizierte Weiterbildung von Arbeitskräften schafft. Dadurch schaffen wir eine Win-Win-Situation: Unternehmen gewinnen qualifizierte Fachkräfte und Arbeitssuchende erhalten die Chance,

sich gezielt weiterzubilden und so ihre Beschäftigungschancen zu verbessern.

- Wir wollen das bestehende Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) reformieren und einen kommunalen Sektor schaffen, der sozialversicherungspflichtige Arbeit in gemeinnütziger Form – freiwillig und unabhängig von kapitalistischen Zwängen – ermöglicht. Denn: Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, investieren wir in sinnstiftende Arbeit.
- Wir wollen Arbeitslosigkeit nachhaltig überwinden und schaffen dafür einen Münchner Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), der gemeinnützige, freiwillige und sozialversicherungspflichtige Arbeit außerhalb kapitalistischer Logik ermöglicht. Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) ist dafür zentral, gerade auch mit Hinblick auf Gleichstellung und Migration.

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Für uns gilt: Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht den Gesetzen des Marktes überlassen werden. Unsere Stadt betreibt eine sozial gerechte Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum für alle sichert und Verdrängungseffekte verhindert. Grund und Boden sollen dem Gemeinwohl dienen, nicht privaten Gewinninteressen.

- Wir wollen einen eigenen kommunalen Mietspiegel einführen, in den Bestandsmieten mit einfließen – diese regionalisierte Gesamtdurchschnittsmiete soll als Grundlage für die Mietberechnung der kommunalen Wohnungsunternehmen dienen. Auch bei der Vergabe von Flächen muss darauf geachtet werden, dass dieser eingehalten wird.
- Wir wollen den gemeinnützigen Wohnungsbau stärken, um die Mieter*innen vor steigenden Preisen zu schützen.
- Durch einen kommunalen Bodenfonds – an dem sich vorrangig Bürger*innen und nicht Konzerne beteiligen können – wollen wir Mittel einwerben, mit denen wir aktiv Grundstücke in städtisches Eigentum überführen, um öffentlichen und gemeinnützigen Wohnraum auszubauen.
- Städtische Flächen und Grundstücke für Wohnraum sollen in Erbpacht vergeben werden. Dabei wollen wir verstärkt Genossenschaften und soziale Wohnprojekte berücksichtigen.
- Der Leerstand in München, der durch Airbnb und andere Anbieter weiter befeuert wird, muss bekämpft werden. Wir fordern ein Konzept wie in

Barcelona, bei dem Lizenzen für die entsprechenden Wohnungen benötigt werden (auch bei Vermietungen unter acht Wochen) und ohne welche eine Vermietung über die Plattform nicht möglich ist. Auch soll die Stadt keine weiteren Lizenzen für neue Airbnbs und Co. vergeben und sich vorbehalten bei Nichteinhaltung der Vorgaben das Betreiben der entsprechenden Plattformen auf dem Stadtgebiet zu untersagen.

Die Stadt wird zudem eine zentrale Rolle bei der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum spielen, etwa durch den Erwerb von Immobilien und die Nutzung der Instrumente der Erhaltungssatzungen.

- Mieter*innen sollen durch den Münchner Mietspiegel vor den Profitinteressen geschützt werden – nicht die Vermieter*innen.
- Städtische Grundstücke und Immobilien dürfen unter keinen Umständen an private Investor*innen verkauft werden. Ein Verkauf von städtischen Immobilien oder Grundstücken darf nur möglich sein, wenn es sich um öffentliche Unternehmen handelt und sichergestellt ist, dass der Verkauf der Erfüllung von öffentlichen Interessen dient. Ein kommunales Rückkaufrecht muss hierbei immer Vertragsbestandteil sein.
- Ein Verkauf an private Investor*innen birgt die Gefahr von Mieterhöhungen, Entmietungen und Luxussanierungen, während gleichzeitig immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Deswegen werden wir die Erhaltungssatzungen und Vorkaufsrechtsgebiete umfassend ausweiten, um die Münchner Bevölkerung vor Investor*innen zu schützen.
- Wir setzen uns für qualifizierte Bebauungspläne ein, bei denen sich die Vorhabenträger*innen verpflichten, zur Wohnraumversorgung nur solche Wohngebäude zu errichten, die der sozialen Wohnraumförderung dienen. Hierbei werden wir die rechtlichen Möglichkeiten vollumfänglich ausreizen und auch vor Enteignungen nicht zurückschrecken, um Leerstand, Luxuswohnungen oder Immobilien-Spekulation konsequent zu unterbinden.
- Wir fordern den Bund auf, das kommunale Vorkaufsrecht wieder zu ermöglichen. Dabei sollen auch Kaufpreise unterhalb des überhitzten Marktwerts geprüft werden.
- Der Neubau allein kann den stetigen Verlust an bezahlbarem Wohnraum nicht ausgleichen. Innovative Wohnkonzepte, die Förderung von Genossenschaften und die Förderung der Umwandlung von Bestandswohnungen in sozial geförderten Wohnraum werden dazu beitragen, den Wohnungsmarkt sozial gerechter zu gestalten.

- Studierenden, Auszubildenden und volljährigen Schüler*innen soll ein WG-Zimmer in München für maximal 400 € garantiert werden. Das soll durch eine zentrale Plattform der Stadt ermöglicht werden, über die die Einhaltung der Mietpreisbremse überprüft und, sofern nicht gegeben, gegenüber den Vermieter*innen durchgesetzt wird. Nur in den Fällen, in denen die Miete auch mit Einhaltung der Mietpreisbremse über 400 € liegt, übernimmt die Stadt die Differenz.
- Aufgrund der hohen Immobilienpreise in München werden Freibeträge bei Erbschaften schnell überschritten, was oft zum Verkauf von vermieteten Häusern führt. Wir wollen deswegen ein Fördermodell anbieten, über das Vermieter*innen im Ausgleich für die Umwandlung eines Teils ihrer Wohnungen in langfristig gebundene Sozialwohnungen zinsfreie Kredite zur Begleichung der Erbschaftssteuer erhalten.
- Unsere Stadt muss eine innovative Bauherrin sein, die neue Technik nicht scheut, um den verfügbaren Platz sinnvoll zu nutzen – kostbares Bauland darf nicht durch Parkplätze aufgebraucht werden und Wohnraum soll günstig und nachhaltig produziert werden.
- Wir unterstützen innovatives Bauen für städtische Projekte wie zum Beispiel modulares Bauen, die Überbauung von Parkplätzen, Supermärkten etc.
- In allen Neubauprojekten ab 50 Wohnungen sollen 10 % der Wohnungen WG-geeignet gebaut und auch tatsächlich an WGs vermietet werden.
- Wir fordern von Unternehmen mit Sitz in München in bezahlbare Werkswohnungen zu investieren. Konkrete Vorgaben zu Unternehmensgröße und Investitionsvolumen sollen durch die Stadt festgelegt werden. Die kommunalen Unternehmen sollen Vorbild sein. Wir wollen, dass die Münchner Wohnen den Werkswohnungsbau für Betriebe unterstützt oder übernimmt.
- Die Vergabe von Gewerbeflächen wollen wir an den Bau von Werkswohnungen durch die Gewerbetreibenden binden. Wenn die Unternehmen nicht selbst bauen wollen oder können, müssen sie sich an der Finanzierung von Bauprojekten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft beteiligen.
- Beim Bau neuer Wohnungen müssen wir die Finanzierbarkeit und Baustandards – gerade im Hinblick auf Emissionen und Ressourcenverbrauch – miteinander ins Gleichgewicht bringen.

Ein lebenswertes München mit attraktiven Freizeitangeboten!

Für ein gutes Leben sind nicht nur Arbeit und Wohnen wichtig, sondern vor allem auch die Möglichkeiten, die wir in unserer Freizeit haben. Unsere Stadt ist für alle da: Ganz besonders die Möglichkeiten, sich ohne Konsumzwang im öffentlichen Raum aufzuhalten, machen München so lebenswert. Aber auch Kultur und Sport müssen in München für alle zugänglich sein. Unser München kümmert sich nicht nur um die Innenstadt, sondern um alle Stadtbezirke – damit die Lebensqualität auch direkt vor der Haustür spürbar ist.

- Der Eintritt für alle städtischen Museen muss für Inhaber*innen des München-Passes kostenlos sein.
- Kulturelle Einrichtungen in den Münchner Außenbezirken sollen verstärkt gefördert werden.
- Mehr Kiez wagen – die Aufenthaltsqualität in Stadtbezirken soll gestärkt werden, zum Beispiel durch die Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Ansiedlung von Gastronomie, Stadtteilzentren und konsumfreien Räumen.
- Sportvereine sollen gefördert werden, indem Mitgliedsbeiträge und Investitionen in Sportgeräte aktiv und unbürokratisch bezuschusst werden.
- Wir wollen eine Sportgerätebibliothek einführen, in der Menschen Sportgeräte ausleihen können, um verschiedene Sportarten ausprobieren zu können.
- Städtische Public Viewing Events sollen bei großen Sportereignissen angeboten werden. Falls die Stadt kein solches Event anbietet, müssen private Anbieter verpflichtet werden, Konzepte der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit, beispielsweise mit Hinblick auf die Verfügbarkeit von ausreichend beschatteten Plätzen und der Versorgung mit kostenlosem Wasser bei großer Hitze, sowie der regionalen Förderung durch die Einbeziehung von lokalen Gewerbetreibenden bei Vergabe von Aufträgen nachzuweisen.
- Wir möchten in den Sommermonaten eine Beleuchtung von Sportflächen in den städtischen Parks und an den Seen. Dies soll dazu beitragen, dass sportliche Aktivitäten auch in den Abendstunden zugänglich, sicher und attraktiv bleiben.

Eine Stadt, die allen gleiche Chancen und Rechte sichert

Unabhängig vom eigenen Hintergrund, ein Recht auf die gleichen Chancen wie die Sitznachbar*innen in der U-Bahn zu haben, ist Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt. Noch immer erfahren viele Menschen Diskriminierung, strukturelle Hürden oder werden in ihrer individuellen Entfaltung eingeschränkt. Dem wollen wir als Stadt entgegenwirken. Denn so verschieden wir sind, so gleich müssen unsere Rechte und Chancen sein!

Unsere Stadt ist feministisch. Wir fördern die Gleichstellung aller Geschlechter und bekämpfen die Benachteiligungen für Frauen und TINA*-Personen in Beruf und Alltag.

Die eigenen finanziellen und beruflichen Perspektiven hängen immer noch stark vom Geldbeutel der Eltern ab. Als Kommune wollen wir jungen Menschen den Start ins Leben ermöglichen, den sie brauchen, um ihr Leben frei gestalten zu können.

Verschiedene benachteiligte Gruppen verdienen unsere gleichzeitige Aufmerksamkeit, wir spielen sie weder in der Debatte noch in Bezug auf finanzielle Förderung gegeneinander aus – auch nicht in Zeiten einer knappen Haushaltslage. Vor allem da, wo verschiedene Diskriminierungen – zum Beispiel Migrantisierung, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung – intersektional zusammenreffen, schauen wir genau hin.

Unser München ist für alle Menschen sicher. Dafür ist ein reflektierter Blick auf die Dimensionen von Geschlecht und Herkunft in Bezug auf Sicherheitsfragen wichtig. Gerade Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund sind beispielsweise Repression durch die Polizei, Anfeindung und Diskriminierung im öffentlichen Raum ausgesetzt. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Sicherheit für alle und gleiche Rechte und Chancen ist die Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft. Aber auch die Landeshauptstadt selbst, ihre politischen Vertreter*innen und die Verwaltung haben eine ganz besondere Verantwortung.

Seit ihrer Gründung wird die Landeshauptstadt München von Zuwanderung geprägt. Unsere Stadtgesellschaft wäre nicht die, die wir heute kennen, ohne die Menschen, die sich dafür entschieden haben, in München zu leben. Damit ein Zusammenleben in Diversität gelingt, braucht es Rücksicht und Anerkennung verschiedener Lebensrealitäten und Lebensformen. Wir fördern ein solidarisches Zusammenleben in der Stadt und fordern Offenheit aller Menschen gegenüber allen Menschen ein. Wenn Menschen andere Vorstellungen haben, verurteilen wir sie nicht, sondern werben für unsere Haltung. Wir wollen nicht Recht haben, wir

wollen die Münchner*innen überzeugen und für eine Gesellschaft der Gleichen begeistern.

Unser München ist von Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt geprägt, denn: Kommune heißt Gemeinschaft!

Eine Stadt, in der alle Geschlechter gleichgestellt sind!

Frauen und TINA*-Personen (Trans*, Inter*, Non-Binary* und Agender*Personen) sind auch in der Münchner (Stadt-) Gesellschaft nach wie vor strukturell benachteiligt. Es müssen deshalb umfassende Maßnahmen ergriffen werden, um die Gleichstellung aller Geschlechter zu garantieren.

- Wir fordern eine paritätische Besetzung des Stadtrates, aller städtischen Gremien, städtischer Führungspositionen, sowie der Vorstände der städtischen Unternehmen, denn Gleichstellung braucht Repräsentation. Deshalb muss zudem ein Konzept zur Repräsentation von benachteiligten Gruppen und gesellschaftlichen Minderheiten entwickelt werden.
- Die Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München wollen wir mit mehr Ressourcen ausstatten und umbenennen, um auch andere Geschlechtsidentitäten schon im Namen einzubeziehen.
- Es soll eine zentrale Meldestelle für Sexismus eingeführt werden, die mit den bereits vorhandenen Beratungs- und Hilfsorganisationen in München zusammenarbeitet, bei welcher Unternehmen gemeldet werden können. Die Stadt soll sich verpflichten nicht mehr mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, die nachweislich wiederholt mit Verstößen auffallen und nicht gegen diese vorgehen. Die Stadt soll den Unternehmen zudem beratend und in Form von präventiver Arbeit (durch die vorhandenen Organisationen) als Vermittlerin zur Seite stehen.
- Wir fordern die Ausgabe der Nachttaxi-Gutscheine für FINTA*-Personen fortzusetzen, da die Sparmaßnahmen der Landeshauptstadt nicht auf Kosten von vulnerablen Gruppen ausgetragen werden dürfen. Um dessen Effekt zu verbessern, muss zusätzlich eine digitale Variante eingeführt und mehrsprachige Informationen verbreitet werden.
- Der Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern ist höher als die zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Wir fordern deshalb den Ausbau von Frauenhäusern, wobei auch ein besonderer Fokus auf die Bedürfnisse geflüchteter FINTA*-Personen zu legen ist.

- Die Wiesn stellt jedes Jahr einen Höhepunkt des gesellschaftlichen Lebens in München dar. Dabei kommt es jedoch immer wieder zu Übergriffen, weshalb das Projekt "Sichere Wiesn" weiterhin unterstützt, ausgebaut und von den Wiesnwirten mitfinanziert werden muss. Eine gehaltvolle finanzielle Unterstützung muss in den Kriterienkatalog des Referats für Arbeit und Wirtschaft für die Vergabe der Zelte aufgenommen werden.
- Wir fordern saubere, kostenlose und zugängliche öffentliche Toiletten im ganzen Stadtgebiet, in denen auch kostenlose Menstruationsprodukte zur Verfügung gestellt werden, denn der Zugang zu solchen darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern zusätzlich zum Ausbau der Frequenzdichte explizit die aktive Umwandlung bestehender Toilettenbestände in kostenfrei zugängliche WCs. Zusätzlich fordern wir die Einführung von sauberen und sicheren Räumen, die zum Wickeln oder Stillen genutzt werden können.
- Wir wollen öffentliche Toiletten gendergerecht gestalten. Dafür sind Toiletten für Männer, Frauen und genderneutrale Toiletten nötig. Gleichzeitig müssen auf allen Toiletten Wickelmöglichkeiten für Kinder vorhanden sein. Dies ist in allen Neubauten umzusetzen. Bei bestehenden Gebäuden muss geprüft werden, wie dies umgesetzt werden kann. Zwischen Männer- und Frauentoiletten soll Schlüsselgleichheit (gleich viele Toiletten, nicht gleiche Raumgröße) hergestellt werden.
- Um das öffentliche Leben in der Stadt München inklusiver zu gestalten, setzen wir uns für die gesellschaftliche Normalisierung des Stillens im öffentlichen Raum und den verstärkten Schutz stillender Personen vor Belästigungen, Ausgrenzung und Diskriminierung ein.
- Wir wollen einen Ausbau von Kinderwagenplätzen in öffentlichen Verkehrsmitteln vorantreiben. Denn auch Personen, die mit einem Kinderwagen unterwegs sind, müssen sicher und zuverlässig an ihr Ziel kommen können. Barrierefreiheit ist im gesamten öffentlichen Personennahverkehr sicherzustellen.
- Wir fordern eine empathische Kommunikation mit allen Bürger*innen, weshalb die Stadtverwaltung für LGBTIQ*-Themen sensibilisiert werden muss. Die Finanzierung von Vereinen, Gruppen und Beratungsmöglichkeiten für die LGBTIQ*-Community muss dauerhaft gewährleistet werden.
- Sexarbeiter*innen müssen geschützt werden. Wir setzen uns deshalb für eine Evaluation der bestehenden Schutzmechanismen und der

Sperrbezirksverordnung ein, wobei respektvolle Gespräche zwischen allen Beteiligten geführt werden müssen.

Ein vielfältiges München durch Migration und Integration!

München und die Münchner Stadtgesellschaft ohne Migration zu denken, ist nicht möglich! Migration ist in jedem Bereich der Stadt zu spüren und aus diesem Grund ist es für uns besonders wichtig, diesem Thema die notwendige Aufmerksamkeit in allen Sphären des Zusammenlebens zu geben.

- Wir setzen uns für ein München ein, in dem Migrant*innen auch an den politischen Prozessen dieser Stadt teilhaben. Um dies zu erreichen, muss der Migrationsbeirat mit konkreten und weitreichenden Befugnissen gestärkt werden, wobei er beispielsweise ein Initiativrecht bekommen soll. Das Vorschlagsrechts der Parteien bei der Besetzung des Migrationsbeirats muss abgeschafft und durch vollständige Direktwahlen ersetzt werden.
- Wir wollen ein Kreisverwaltungsreferat ausbauen, vor dem Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit keine Angst haben müssen, sondern dieses als Institution für ihre Anliegen betrachten können, denn unsere Stadt muss für alle funktionieren. Aus diesem Grund wollen wir die digitale Terminvergabe ausbauen, die für alle Bürger*innen funktioniert und vor Manipulationen geschützt ist.
- Wir fordern, dass der Zugang zu Behörden, Institutionen und Auskünften niederschwelliger gestaltet wird und insbesondere Informationen auf städtischen Websites mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden, damit alle Bürger*innen diese wahrnehmen können. Hierzu zählen insbesondere auch Informationen zur doppelten Staatsangehörigkeit, sowie mehrsprachigen Angebote in Pflege- und Senior*innenzentren.
- Wir wollen, dass die Antidiskriminierungsarbeit weiter institutionalisiert wird. Die Antidiskriminierungsstelle muss hierfür personell und finanziell aufgestockt werden. Eine Ombudsstelle für geflüchtete Menschen muss eingerichtet werden und die Beschwerdemöglichkeiten für Diskriminierungserfahrungen verbessert werden.
- Wir wollen eine Stadt, in der eine im Ausland erworbene Qualifikation kein Hindernis für eine Einstellung ist. Deswegen muss sich die Stadt für eine erleichterte Anerkennung einsetzen.

- Es darf keine diskriminierende Unterscheidung zwischen In- und Ausländer*innen bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften geben, deshalb fordern wir anonymisierte Bewerbungsprozesse für Wohnungen.
- Zudem soll mehr Raum für interkulturellen Austausch geschaffen werden, in dem geflüchtete Menschen und migrantische Gruppen ihre Kultur teilen können, beispielsweise durch Zwischennutzung von leerstehenden Räumlichkeiten oder einem Vielfaltsfest auf dem Marienplatz.

Kommunale Bildungsangebote ausbauen!

Bildung ist eines der besten Mittel, um bestehende Ungleichheiten auszugleichen. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich entfalten zu können und sich lebenslang weiterzubilden. Indem durch Bildungsangebote diskriminierende, rassistische oder sexistische Vorurteile verhindert werden, schaffen wir eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft. Und für uns ist klar: Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

- Der Zugang zu Bildung erleichtert Integration. Deshalb wollen wir den Zugang zu Kita-Plätzen für geflüchtete Kinder verbessern und beschleunigen. Auch braucht es mehr Lehrpersonal, welches Deutsch als Zweitsprache vermitteln kann, damit die Sprachvorbereitungsklassen an städtischen Schulen ausgebaut werden können.
- Vor dem Hintergrund sogenannter „Deutschklassen“, die an etlichen Schulen eine strikte Trennung von Schüler*innen mit und ohne Deutschkenntnisse bedeuten, fordern wir mit dem Ziel der schnellen und nachhaltigen Integration einen gemeinsamen Unterricht von Kindern sämtlicher Herkunft. Hier muss der Freistaat für ausreichend und gut geschultes Lehrpersonal sorgen.
- Informationen zu allen Bildungsangeboten der Stadt München müssen in einem Bildungsportal auffindbar sein.
- Wir fordern, dass kostenlose, mehrsprachige Bildungsangebote an Schulen geschaffen werden, sodass Schüler*innen, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, auch in ihrer Muttersprache Themen lernen können und auch Schüler*innen, deren Muttersprache Deutsch ist, sich weiterbilden können.
- Viele Ansichten und Vorurteile entstehen im jungen Alter, weshalb wir dafür sorgen wollen, dass mehr Aufklärungs- und Präventionsarbeit in Schulen geleistet wird, um Vorurteilen vorzubeugen.

- Um Schüler*innen die Suche nach Hilfe bei psychischen Problemen oder häuslicher Gewalt zu vereinfachen, fordern wir ein niederschwelliges Hinweisen auf Hilfsangebote in Schulen: beispielsweise durch eine Liste mit seriösen Telefonnummern/Mailadressen von fachkundigen Stellen/zuständigen Schulpsycholog*innen, die auf den Toiletten oder an anderen geeigneten Orten platziert wird.
- Bei der Besetzung von Lehrstellen an städtischen Schulen möchten wir für eine größere Diversität sorgen.
- Das städtische Bildungsangebot, insbesondere der Kindertagesstätten, sehen wir als wichtigen Teil der familienfreundlichen Infrastruktur in der Stadt. Familien in allen ihren Varianten – von Alleinerziehenden bis "patch-work" – müssen sich auf diese Leistung verlassen können. Modelle wie eine 24/7-Notfallkita wollen wir als Pilotprojekte einführen und bestehende Angebote wie den "kita finder+" stetig verbessern und an die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft anpassen.
- Wir wollen, dass die Stadt Maßnahmen entwickelt, um Schulwegsicherheit zu erhöhen, zum Beispiel durch verkehrsregelnde Maßnahmen direkt vor Schulen, wo es konkrete Probleme oder Gefahrenstellen gibt.
- Wir fordern, dass die Landeshauptstadt Schüler*innenaustausche von städtischen Schulen mit unseren Partnerstädten auch in finanzieller Hinsicht fördert, damit jedes Kind die Gelegenheit bekommt, seinen Horizont zu erweitern.
- Wir fordern ein einheitliches kommunales Konzept für Ganztagschulen. Hierbei muss auch eine stärkere Kooperation von Schulen und Vereinen organisiert werden und auch die Inklusivität der Angebote gewährleistet sein. Es ist zu prüfen, inwiefern Schulhöfe außerhalb der Schulzeiten weiter geöffnet werden können.
- Schwimmen-Können rettet Leben. Wir wollen deshalb, dass Anfängerschwimmkurse für alle Altersgruppen wohnortnah und kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Wir müssen in Schulen mehr projektbezogene Unterrichtsangebote (AGs) schaffen. Wir sehen es auch als Aufgabe von Schulen, für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und sozialen Medien zu sensibilisieren.
- Schulweghelfer*innen sollen Schüler*innen dabei unterstützen, sicher zur Schule zu gelangen. Diese ehrenamtliche Arbeit wollen wir attraktiver gestalten, wodurch sich beispielsweise auch Eltern-Taxis verhindern lassen.

Eine demokratische Stadt ohne Nazis

München ist eine vielseitige Stadt, in der Diversität maßgeblich die Stadtgesellschaft prägt und bereichert. Alle Menschen, egal welche Herkunft, welche finanziellen Möglichkeiten, welches Geschlecht oder welche politische Verortung sie haben, müssen in der Gestaltung der Stadt eine Stimme haben. Unsere Stadt ist eine demokratische Stadt, in der es keinen Platz für Nazis und Diskriminierung gibt!

Die Menschen in München müssen in den Fragen, die ihr tägliches Leben berühren, mitgestalten können. Die Stadt, in der man lebt, wirkt sich wesentlich auf die eigenen Lebensumstände aus. Wie komme ich von A nach B? Wie kann ich meine Freizeit verbringen? Wie entwickelt sich die Stadt vor meiner eigenen Haustür weiter? Habe ich politische Teilnahme? Konkrete Mitgestaltung, durch die Bürger*innen sich einbringen können und in ihren Bedürfnissen ernst genommen fühlen, ist eine grundlegende Voraussetzung für eine intakte demokratische Gesellschaft.

Für erfolgreiche Mitsprache müssen politische Prozesse transparent sein. Unsere Stadt entscheidet nicht über die Köpfe ihrer Bürger*innen hinweg, sondern bindet sie in Entscheidungsprozesse ein und informiert proaktiv über die aktuellen Vorhaben in der Stadt.

München braucht eine starke Zivilgesellschaft. Die Stadt steht an der Seite der Zivilbevölkerung und stärkt Engagement. Der öffentliche Raum ist zentraler Aushandlungsort politischer Debatten. In unserer Stadt ist kein Platz für Nazis. München bekämpft Rechtsextremismus und Gefahren für unsere Demokratie aktiv. Durch eigene Initiativen und das Vorgehen gegen Strukturen von bestehenden rechten Gruppierungen zeigt die Stadt ihre klare Haltung gegen nationalistisches Gedankengut. Wir schützen politische Räume vor der Vereinnahmung von rechten Gruppen und schaffen besonders für junge Menschen Räume, in denen sie selbstverwaltet engagiert und politisch sein können.

Unsere Stadt fördert pro-demokratisches und antifaschistisches Engagement und trägt damit zu einer starken Zivilgesellschaft bei. Politische Bildung ist in Bildungseinrichtungen, aber auch darüber hinaus in städtischen Institutionen und im öffentlichen Raum für alle zugänglich.

Unsere Stadt übernimmt Verantwortung für ihre Geschichte und gibt dieser öffentlich Raum. Jede*r soll durch die Stadt gehen und an historisch relevanten Orten mit der Geschichte dieser Stadt kritisch in Berührung kommen. Politisch-historische Bildung ist nicht nur allen in München zugänglich, sondern auch ein fester Bestandteil des Stadtbilds.

München voller Mitbestimmung!

Wir wollen, dass alle mitbestimmen können und politische Teilhabe für alle gestärkt wird, damit dein Leben besser wird.

- Die Kompetenzen von Bezirksausschüssen sollen ausgeweitet werden, so dass vor Ort mehr beschlossen, bewegt und umgesetzt werden kann. Die Stadtteilbudgets der Bezirksausschüsse sollen erhöht werden. Es soll ein Pilotprojekt ins Leben gerufen werden, bei dem zusätzlich drei Bezirksausschüsse mit eigenen Verwaltungsstrukturen ausgestattet werden und somit in ihrer Initiativ-Handlungsfähigkeit gestärkt werden.
- Die Bezirksausschüsse sollen stärker in das kommunale Politikgeschehen eingebunden werden, indem ein Münchenrat einberufen wird, bei dem Delegationen der Bezirksausschüsse zusammen mit dem Stadtrat regelmäßig in Austausch treten.
- Bei der Münchner Wohnen sollen Mieter*innen-Räte eingeführt werden, sodass Mieter*innen stadtweit eine Stimme bekommen.
- Wir fordern die Einführung von Stromkund*innen-Räten, sodass alle über den Strom, den sie beziehen, mitbestimmen können.
- Städtische Unternehmen sollen mit einem guten Vorbild vorangehen und ihren Mitarbeiter*innen über dem gesetzlich vorgeschriebenen Maß Beteiligungsmöglichkeiten einräumen.
- Vertreter*innen der Stadtschüler*innenvertretung (SSV) sollen verstärkt Zugang zu politischen Entscheidungsorten in der Stadt bekommen und eingebunden werden. Dazu ist es entscheidend, dass dies durch angepasste Sitzungszeiten des Kinder- und Jugendhilfeausschuss am Nachmittag oder Abend ermöglicht wird oder dass Vertreter*innen der SSV vom Unterricht für die entsprechenden Sitzungen freigestellt werden.
- Schüler*innen sollen im Schulalltag in ihren (Gestaltungs-)Rechten gestärkt werden.

Eine transparente und offene Stadt!

Wir wollen, dass alle Zugang zu Informationen über das politische Geschehen in der Stadt haben. Jede*r muss in der Lage sein, leicht zu erfahren, welche politischen Entscheidungen getroffen werden. Daher fordern wir:

- Das offizielle Stadtportal (München.de) soll weiterentwickelt werden und verstärkt über Politik in München berichten. Insbesondere durch den Social

Media Auftritt sollen Informationen allen Altersgruppen niederschwellig zugänglich gemacht werden.

- Das Ratsinformationssystem (RIS) muss dringend reformiert werden, so dass es als allgemeine, leicht verständliche Informationsquelle in der Stadtgesellschaft genutzt werden kann.
- Wir kämpfen für eine Stadt, in der Informationen für alle zugänglich sind. Erklärvideos der Stadtverwaltung, Untertitelte Livestreams von Stadtratssitzungen und weitere digitale Angebote sollen dafür sorgen, dass alle – unabhängig von Sprachkenntnissen oder anderen Barrieren – stets bestmöglich informiert sein und aktiv an der Stadtentwicklung teilhaben können. Mittels KI-Transkription soll das gesprochene Wort aller Sitzungen digital durchsuchbar werden – für schnellen, gezielten Zugang zu relevanten Themen und Entscheidungen.

Eine starke Zivilgesellschaft für ein demokratisches München!

Eine starke Zivilgesellschaft ist die Grundlage für eine gesunde Demokratie, die sich antidemokratischen Bewegungen wehrhaft entgegenstellen kann. Dies ist auch im Interesse der Landeshauptstadt und erklärtes Ziel dieser.

- Schüler*innen sollen im Rahmen des Schulunterrichts politisch gebildet werden. Das soll nicht nur theoretisch, sondern direkt mit der Praxis durch zum Beispiel Exkursionen geschehen.
- Vor dem Hintergrund der aktuellen Flugblätter, die durch die identitäre Bewegung auch vor Münchner Schulen verteilt wurden, fordern wir explizit auch eine Aufarbeitung aktueller Themen im Zuge des Unterrichts.
- Die Stadt soll die bereits stattfindende finanzielle Unterstützung von Organisationen, die politisch bilden, wie beispielsweise „FIRM“ oder „before“, intensivieren und dadurch die Strukturen und Möglichkeiten dieser Organisationen stärken.
- Wir wollen mehr Menschen für das Ehrenamt begeistern. Die Stadt soll bürgerschaftliches Engagement sichtbar machen und aktiv fördern, zum Beispiel mit Aufklärung und Werbung im öffentlichen Raum und in ihren Einrichtungen.

Kommunale Erinnerungs- und Gedenkarbeit stärken!

Wir wollen, dass unsere Stadt Verantwortung für ihre Geschichte übernimmt und dadurch ihre Bürger*innen aufklärt und eine Wiederholung der Geschichte aktiv bekämpft. Daher fordern wir:

- Mahn- und Denkmäler von rechtem Terror sollen vermehrt in der Stadt aufgestellt werden, sodass sie ein fester Bestandteil des Stadtbilds sind.
- Stelen sollen proaktiv und nicht nur auf Anfrage von Angehörigen aufgestellt werden. Die Aufstellung von Gedenkorten soll aber stets mit den Angehörigen abgestimmt werden.
- Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Stadt rechte Anschläge konkret benennt, aufarbeitet und die Angehörigen und Hinterbliebenen in ihrer Erinnerungsarbeit – beispielsweise mit Gedenkveranstaltungen – aktiv unterstützt. Die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen wie "München erinnern" soll im Sinne der Angehörigen intensiviert werden.
- Ein im Stadtbild sichtbarer ThemenGeschichtsPfad zu rechtem Terror nach der NS-Zeit soll (analog zu den bereits vorhandenen ThemenGeschichtsPfadern) gemeinsam mit den Angehörigen der Opfer errichtet werden, um einen besonderen Fokus auf die Rolle von rechtem Terror in der Stadt zu legen.
- Straßen, die nach problematischen Persönlichkeiten, etwa aus der Kolonialzeit, benannt sind, sollen umbenannt werden. Zudem sollen in der Stadt neue Straßen gezielt nach zum Beispiel weiblichen, migrantisierten oder queeren Personen mit historischer Bedeutung benannt werden.
- Die Stadt soll ein zentrales Denkmal für die Münchner Räterepublik errichten, um der Arbeiter*innenbewegung zu gedenken.
- Die Stadt soll eine Dunkelfeldstudie zu rechter Gewalt/Rechtsextremismus durchführen, um den Kampf gegen Rechts gezielter zu unterstützen.
- Die Stadt soll ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und der Geschichte der Zwangsarbeiter*innen leisten, damit diesem Teil der deutschen Geschichte angemessen Raum gegeben wird.
- Ein Mahnmal für Feminizide am Frauenplatz soll errichtet werden, um auf die alltägliche Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen.
- Wir fordern, dass sich die Stadt München am Volkstrauertag, an dem jedes Jahr rechte Burschenschaften, AfD-Funktionär*innen und andere Rechtsradikale aktiv teilnehmen, nicht mehr beteiligt. Auch offizielle Vertreter*innen der Stadt und des Stadtrats sollen nicht daran teilnehmen. Der Hofgarten und die Residenz dürfen nicht weiter dafür genutzt werden.

Nazis raus aus München!

Wir wollen, dass jede*r sicher in München leben kann. München ist eine bunte und aufgeschlossene Stadt, in der rechtes Gedankengut weder im Bildungswesen, noch auf der Straße oder im sonstigen öffentlichen Raum einen Platz hat. Daher fordern wir:

- Mit uns gibt es keine Zusammenarbeit mit der AfD, weder im Stadtrat noch in den Bezirksausschüssen. Dies bedeutet auch, dass wir Anträgen, egal welcher Partei, die nur mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit haben, nicht zustimmen.
- Die Strukturen rechter Burschenschaften sollen bekämpft werden, indem man ihnen keine Fläche bietet. Weder in Form von Vergaben von öffentlichen Grundstücken noch in Form von Teilhabe an öffentlichen Veranstaltungen. Es soll ein umfangreiches Hilfs- und Exit-Angebot für Betroffene eingerichtet werden und präventiv in Hochschulen und Universitäten über rechte Burschenschaften aufgeklärt werden.
- Gedenkstätten und historisch belastete Orte, die von rechten Gruppierungen instrumentalisiert werden, müssen im Rahmen des Versammlungsrechts unter besonderen Schutz gestellt werden, mit der Folge, dass Demonstrationen, Kundgebungen oder "Aufmärsche" von rechtsradikalen Gruppen nicht an sensiblen Orten der Stadt stattfinden können.
- Die Stadtverwaltung muss ein demokratischer und vielfältiger Ort sein. Daher fordern wir, dass München aktiv alle ihre Mitarbeiter*innen im städtischen Dienst und in den Tochterunternehmen auf ihre Verfassungstreue überprüft, die in rechtsextremen Organisationen Mitglied sind.

Eine Stadt, die Verantwortung übernimmt

Um dem Großstadtstress der Menschen entgegenzutreten, macht unsere Stadt den Alltag der Menschen spürbar besser. Die Stadt übernimmt Verantwortung für die Menschen, die hier leben. Wer mit der Stadtverwaltung in Kontakt kommt – sei es für einen Kita-Platz, eine Wohnsitzanmeldung oder die Verlängerung des Personalausweises – darf dadurch keine zusätzliche Belastung erfahren. Im Gegenteil: Die Stadt muss ein Ort sein, der das Leben besser macht, nicht komplizierter.

Unsere Stadt kümmert sich. Sie sieht die Menschen, nimmt ihre Bedürfnisse ernst und sorgt für ein solidarisches Miteinander. Der Kapitalismus führt zu enormer Ungleichheit, die auch in unserer Stadt sichtbar ist. Nicht alle haben die gleichen Möglichkeiten, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Deshalb entziehen wir zentrale Bereiche des Lebens der kapitalistischen Verwertungslogik. Wohnen, öffentlicher Raum, Gesundheit, Bildung und Mobilität dürfen nicht dem Markt überlassen werden – sie müssen zuverlässig, zugänglich und bezahlbar sein. Unsere Stadt lässt niemanden durchs Raster fallen.

Die städtische Sorge für die Menschen darf nicht übergriffig sein. Verantwortung bedeutet nicht, dass wir jemandem vorschreiben, wie er*sie zu leben hat. Wir wollen eine Stadt, die aktiv genau dort unterstützt, wo es nötig ist. Die Stadt schafft Rahmenbedingungen – wo nötig auch durch Vorschriften und Regularien – damit alle gut leben können. Die Stadt orientiert sich an den tatsächlichen Problemen und Sorgen der Bürger*innen, nicht an abstrakten Verwaltungslogiken oder marktgetriebenen Zwängen. Wir setzen auf eine Politik der Empathie und Fürsorge, die gemeinsam mit den Menschen unsere Stadt entwickelt.

Damit die Stadt Verantwortung übernehmen kann, muss sie funktionieren. Davon sind wir an vielen Stellen weit entfernt. Baumaßnahmen dauern zu lange, Verfahren sind zu kompliziert, die Verwaltung zu träge. Das macht auch die politische Gestaltung sehr schwer und das muss sich ändern – nicht durch pauschale Bürokratiekritik, sondern durch gezielte Verbesserungen. Planung und Umsetzung müssen schneller und effizienter werden. Eine kluge und verantwortungsvolle Digitalisierung kann helfen, Prozesse zu modernisieren, Abläufe transparenter zu machen und Hürden für Bürger*innen abzubauen.

Nutzungskonflikte um Wohnraum, öffentliche Flächen und soziale Infrastruktur sind Realität in unserer Stadt. Wenn sie nicht aktiv gestaltet werden, setzen sich oft diejenigen durch, die über mehr Ressourcen verfügen – sei es durch Rechtsanwälte*innen oder politische Kampagnen. Wir schauen nicht weg. Wir benennen diese Konflikte klar und setzen uns für gerechte, solidarische Lösungen ein, die soziale Schieflagen verhindern.

Eine Stadt, die Verantwortung übernimmt, handelt dort, wo es nötig ist – für die Menschen, mit den Menschen. Und sie steht an der Seite all jener, die auf eine funktionierende, gerechte Stadt angewiesen sind.

Eine zuverlässige Verwaltung für die Menschen vor Ort!

Die kommunale Verwaltung ist der erste Kontaktpunkt für die Bürger*innen. Sie muss ansprechbar sein und zuverlässig und zügig die Anliegen erfüllen. Dies bildet die Grundlage für das Vertrauen der Bürger*innen gegenüber der Stadt.

- Die Kommunalverwaltung wird im Kontakt mit den Bürger*innen verschiedene Sprachen sprechen, um die Bedarfe der diversen Bevölkerung Münchens zu decken und Hürden abzubauen.
- Verwaltungsvorgänge werden menschenorientiert digitalisiert, wo digitale Durchführung oder Automatisierung einen Mehrwert schaffen und sicherer Umgang mit Daten gewährleistet werden kann.
- Die Verwaltung wird ein Vorbild im Umgang mit verschiedenen Kulturen durch verpflichtende Schulungen in der Ausbildung und bei Neuanstellung von Verwaltungsangestellten mit dem bewährten "Vielfalt statt Einfalt"-Modul.
- Verwaltungsvorgänge werden maximal vier Wochen dauern, die Rückmeldung zu Fragen oder Verwaltungsaufträgen werden nie mehr als drei Werk-tage betragen.

Eine soziale und gerechte Stadt, die Teilhabe ermöglicht!

Starke Sozialpolitik in der Kommune bildet das Auffangnetz für Menschen, die in unserer ungerechten Gesellschaft unter die Räder kommen. Durch eine empathische, solidarische Sozialpolitik auf Augenhöhe ermöglichen wir es, Menschen respektvoll in ihrer Situation zu unterstützen und Nutzungskonflikte der Großstadt zu lösen.

- Die Stadt muss Verarmung aktiv entgegenwirken. Zum Beispiel durch die Unterstützung mit dem München-Pass. Die Einkommensgrenzen für die Berechtigung für den München-Pass werden wir regelmäßig entsprechend der Lebenshaltungskosten in München anpassen.
- Wir werden kontinuierlich erheben, welche Gruppen in der Gesellschaft besonders armutsgefährdet sind und diese gezielt unterstützen, um Entwicklungen in der Stadtgesellschaft im Blick zu behalten.

- Wir ermöglichen Teilhabe unabhängig vom eigenen Einkommen. Dafür bauen wir das Konzept des München-Pass weiter aus. Es ist unser Erfolg, dass der München-Pass auch Studierenden und Auszubildenden zur Verfügung steht. Darauf aufbauend wollen wir mehr Angebote für junge Menschen in den München-Pass aufnehmen. Dabei wollen wir die Rabatte nicht nur städtisch finanzieren, sondern zum Beispiel auch private Veranstalter in die Pflicht nehmen, vergünstigte Ticket-Kontingente anzubieten, wenn sie städtische Flächen nutzen. Den München-Pass werden wir auch digital anbieten.
- Kinder und Jugendliche werden durch eine Münchner Grundsicherung abgesichert. Kein Kind darf in München in Armut aufwachsen! Für gleiche Chancen aller jungen Menschen im Übergang von Schule ins Ausbildungs- und Berufsleben sorgen wir mit einem städtischen Guter-Start-Programm in Zusammenarbeit mit zum Beispiel Trägern der Jugendarbeit und der jungen Volkshochschule.
- Die ersten Wochen für junge Familien sollen nicht von finanziellen Sorgen geprägt sein. Deshalb fordern wir für München-Pass-Empfänger*innen eine einmalige städtische Grundausrüstung für Neugeborene, um den Start zu erleichtern.
- Die Stadt München agiert als "aufsuchender Sozialstaat", indem sie passende Informationen zur Beratung und Unterstützung für verschiedene Gruppen bereitstellt, zum Beispiel bei Schulstart, Ausbildungsbeginn, Renteneintritt etc.
- Nutzungskonflikte vor allem im öffentlichen Raum werden vor Ort bearbeitet und gelöst. Dafür sind auch Sozialarbeiter*innen wie beispielsweise A-KIM an den Hotspots präsent und mit Konfliktparteien im Dialog.
- Obdachlose Menschen sind besonders vulnerabel und verdienen besondere Aufmerksamkeit. Der Ansatz Housing-First (Menschen sollen zuerst ein Dach über dem Kopf haben) soll weiter verfolgt und ausgebaut werden. Der Ausbau der Notschlafstellen und des Kälteschutzes ist wichtig. Diese Angebote sollen aber weiterhin demokratisiert und mit den Nutzer*innen verbessert werden, sodass die Angebote besser angenommen werden. Wir nutzen diese Stellen zusätzlich, um Menschen in Hilfsangebote zu vermitteln. Bettelverbote und die Vertreibung obdachloser Menschen aus dem Stadtbild, wie jüngst im Alten Botanischen Garten, lehnen wir ab.
- Viele obdachlose Menschen sind suchtkrank. Wir wollen die Infrastruktur für sicheren Drogenkonsum ausbauen. Dazu gehört neben Drug-Checking

auch, dass der Freistaat seine Blockade bei Drogenkonsumräumen aufgibt. Wir wollen vorbeugende und unterstützende Maßnahmen für suchtkranke Menschen rund um den Münchner Hauptbahnhof ausbauen. Diese müssen auch alkoholisierten beziehungsweise allgemein unter Drogen stehenden Menschen zugänglich sein (Trinkerstube).

München gerecht finanzieren!

Wir wollen, dass die ganze Stadt und immer möglichst viele Menschen von den Ausgaben der Stadt profitieren. Wir müssen investieren, statt an der Zukunft zu sparen. Wir ergeben uns nicht einem technokratischen Sparzwang, sondern bewerten Ausgabe- und Einnahmefragen politisch: Wir sparen nicht bei denen, die es sich nicht leisten können. Starke Schultern müssen mehr tragen.

- Wir werden die Einnahmen der Stadt München durch Steuern erhöhen, indem wir die, die viel haben, in die Verantwortung nehmen, unsere solidarische Gesellschaft für alle mitzufinanzieren. Dafür brauchen wir Änderungen in der Steuergesetzgebung von Land und Bund. Um diese zu erreichen, arbeiten wir stärker mit anderen Kommunen zusammen. Die Erhöhung der Erbschafts- und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer werden dabei als haushaltspolitische Notwendigkeit wahrgenommen und so auch kommuniziert. Dafür setzen wir uns auf allen politischen ein. Insbesondere muss die Staatsregierung endlich die Bettensteuer ermöglichen. Wir fordern außerdem neue Finanzierungsinstrumente wie zum Beispiel eine Abgabe für den Verkauf von Boden und Wohnraum, die im Sinne eines Planwertausgleichs übermäßige Gewinne mit Wohnraum an die Kommune überträgt.
- Bei städtischen Gebühren, die wir selbst festlegen können, versuchen wir immer die Einkommenssituation zu berücksichtigen und wo möglich große Einkommen stärker in die Pflicht nehmen.
- Wir stärken Münchens Wirtschaft und Münchens Wirtschaft stärkt uns. Wer von der guten Infrastruktur in München als Betrieb oder Veranstalter*in profitiert, muss dies nicht nur über Gewerbesteuer, sondern auch durch die spezifische finanzielle Unterstützung für Münchens Infrastruktur wertschätzen. Unternehmen und Event-Veranstalter*innen sollen in die Pflicht genommen werden. Beispielsweise durch Abgaben zur Finanzierung der Pflege des öffentlichen Raums, des Mobilitätsangebots und den verpflichtenden Bau von Werkswohnungen.
- Vermietung von Wohnraum soll Verantwortung und nicht nur Bereicherung nebenbei sein. Wir werden prüfen, inwiefern wir Hausbesitzer*innen mit

Mehrparteien-Immobilien stärker in die Pflicht nehmen können, für die Infrastruktur vor Ort finanziell aufzukommen.

- Wir werden die nötigen Schulden aufnehmen, um Investitionen in Infrastruktur und Grundlagen unserer Zukunft (Bildung, Personal etc.) zu sichern. Dafür nutzen wir gezielt Fördermittel von Bund und EU.

Eine funktionierende Daseinsvorsorge in kommunaler Hand!

Die Daseinsvorsorge in München entzieht Bereiche, die zum Leben notwendig sind, der kapitalistischen Verwertungslogik und sichert den Zugang der Münchner*innen unabhängig von Einkommen, Wohnlage und sozioökonomischem Hintergrund. Dazu zählen wir nicht nur die Stadtwerke (SWM), mit ihrer Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser, sondern beispielsweise auch Sportangebote und Schwimmbäder, die Stadtbibliotheken, Betreuungs- und Freizeitangebote oder öffentliche Toiletten, sowie die Abfallinfrastruktur.

- Wir stellen uns jeglicher Privatisierung der Daseinsvorsorge entgegen – egal wie groß oder klein der Bereich erscheinen mag. Wir werden die Zuverlässigkeit und Bezahlbarkeit mit starken städtischen Eigenbetrieben in öffentlicher Hand erhalten und weiter sicherstellen. Wir wollen die Bereiche, die wir zur Daseinsvorsorge zählen, vergrößern und nicht verkleinern. Dazu gehört beispielsweise die Einführung einer gelben Tonne durch die AWM. Wir werden Angebote stets weiter ausbauen, damit die Infrastruktur mit der wachsenden Stadt mithalten kann.

Auch die Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge!

- Dazu gehört ein starkes städtisches Angebot der München Klinik (MÜK). Die MÜK sichert hochqualitative Gesundheitsversorgung frei von ökonomischen Zwängen. Wir werden die Umstrukturierung der MÜK politisch weiter vorantreiben, sodass die MÜK langfristig flächendeckende Versorgung anbietet.
- Wir werden Gesundheitsversorgung und Prävention im Viertel weiter vorantreiben durch den Ausbau der sogenannten Gesundheitskioske. Diese entlasten die MÜK und erleichtern Vor- und Nachsorge für die Bürger*innen direkt im Viertel. Darüber hinaus werden wir aufsuchende Prävention verstärken durch Check-Ups in städtischen Einrichtungen, wie Kitas, Schulen, Alten- & Service-Zentren oder Freizeitstätten.
- Wir werden die Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen in München sichern. Dafür stellen wir Versorgungszentren zentral organisiert bereit, um willige Ärzt*innen Versorgung unabhängig von ihrer Praxisarbeit anbieten

zu lassen. Durch Aufklärungskampagnen und die Ansprache von gynäkologischen Praxen, setzen wir dem Stigma etwas entgegen und befähigen mehr Ärzt*innen dazu, Abbrüche anzubieten. Alle Praxen, die Abbrüche anbieten, sollen zudem gesammelt, digital und leicht zugänglich einsehbar sein.

- Wir werden die Hilfe für psychische Gesundheit verstärken durch Prävention in städtischen Einrichtungen und eine städtische Übersicht zur Therapieplatzvermittlung.

Eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadt

Wir organisieren Münchens Infrastruktur und Wirtschaft so, dass sie den Menschen dient und klimaverträglich funktioniert. Zentral dafür sind eine ökologische Energieversorgung und gut ausgebaute nachhaltige Mobilität, sowie klare Regeln für eine Wirtschaft, in der Unternehmen Verantwortung für Gesellschaft und Klima tragen.

Die Klimakrise ist eine enorme Bedrohung. Wir müssen Vieles verändern, um menschliches Wohlergehen und Ökosysteme zu schützen. Städte tragen aufgrund ihres besonders hohen Energieverbrauchs eine besondere Verantwortung für die Reduzierung von Emissionen. Dieser Rolle wollen wir gerecht werden und stehen zu unserem Ziel der Klimaneutralität bis 2035. Gleichzeitig muss man davon ausgehen, dass die Klimafolgen in Städten intensiver spürbar sein werden. München muss also auch klimaresilienter werden. Mit den Stadtwerken gibt es in München einen wichtigen Akteur für den Weg in eine klimaneutrale und nachhaltige Zukunft.

Klimapolitik ist Sozialpolitik. Gerade Menschen mit wenig Geld können sich nicht aussuchen, ob ihre Wohnung schlecht gedämmt oder der bezahlbare Stromanbieter nachhaltig ist. Für uns bedeutet linke Klimapolitik, dass wir nicht individuelles Handeln kritisieren, sondern die Art, wie wir wirtschaften, verändern. Unser Fokus liegt darauf, eine nachhaltige Infrastruktur und Energieversorgung bereitzustellen, die allen zugänglich ist. Klimapolitik muss über alle Bereiche gedacht werden – und immer auch soziale Fragen mit einbeziehen.

Eine zukunftsfähige Stadt braucht eine kluge, gerechte und nachhaltige Verkehrspolitik. Wer in München lebt, soll sich zuverlässig, klimafreundlich und bezahlbar fortbewegen können – unabhängig vom Einkommen oder Wohnort. Egal ob du zur Arbeit musst, zur Schule, zur Uni, zum Einkaufen oder einfach deine Freund*innen treffen willst – den ÖPNV zu nutzen, darf keinen Stress bedeuten, sondern muss einfach funktionieren. Mobilität ist der Schlüssel zur sozial-ökologischen Transformation unserer Stadt. Nur ein funktionierender, erweiterter und auf eine wachsende Stadt angepasster ÖPNV kann die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs reduzieren.

Eine konsequente Digitalisierung modernisiert nicht nur, sondern demokratisiert und schafft gesellschaftliche Teilhabe für alle. Dafür müssen digitale Infrastruktur, Verwaltung und Bildung Hand in Hand gehen. Sinnvolle Digitalisierung muss den Alltag erleichtern: Wenn Termine beim Amt online gehen, WLAN im öffentlichen Raum kostenlos ist und digitale Bildung keine Frage des Elternhauses bleibt, dann ist Digitalisierung ein echter Gewinn für alle.

Wir setzen auf eine Wirtschaft, die sowohl sozial als auch ökologisch verträglich ist, und machen München damit zur Vorreiterin für nachhaltige Unternehmenspraktiken. Eine Stadt, in der Unternehmen nicht nur Gewinne machen, sondern auch Verantwortung für Mitarbeitende und Umwelt übernehmen. Unser Ziel ist es, die lokale Wirtschaft zu stärken und den Zusammenhalt in der Region zu fördern. Wir wollen eine Stadt, die Verantwortung für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten übernimmt und dabei Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt – ein München, das auch für kommende Generationen lebenswert bleibt.

Ein Nahverkehr, der allen zur Verfügung steht!

Wir kämpfen für eine gerechte und nachhaltige Mobilität. München soll eine Stadt sein, in der öffentlicher Nahverkehr und sicheres Radfahren für alle möglich sind – umweltfreundlich und barrierefrei für jede*n!

- Wir fordern einen ticketlosen ÖPNV, der allen kostenfrei zur Verfügung steht. Damit steigern wir die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, senken den Autoverkehr und reduzieren Emissionen.
- Ein erster Erfolg: U-Bahnen fahren am Wochenende die Nacht durch. Doch wir bleiben dran und fordern einen durchgängigen Nachtbetrieb auch unter der Woche! U-Bahnen sollen alle 30 Minuten, in der Innenstadt sogar alle 15 Minuten pro Richtung verkehren. Zusätzlich fordern wir den Freistaat auf, Nachtverbindungen für die S-Bahn bereitzustellen.
- Wir wollen mehr Expressbuslinien, die das schienenengebundene ÖPNV-System durch gezielte Querverbindungen ergänzen. Klar ist: Busverkehr muss auf unseren Straßen Vorrang vor motorisierten Individualverkehr haben! Deswegen wollen wir uns für den Bau zusätzlicher Bus-Schnellspuren an hochfrequentierten Verkehrspunkten und den Einsatz intelligenter Ampelschaltungen einsetzen. Wir möchten zudem den schnellen Umstieg auf elektrische Antriebe bei allen Bussen der MVG weiter vorantreiben.
- Wir wollen ein Ringkonzept für Trambahnen prüfen, kurzfristig vor allem aber für Expressbusse, um möglichst schnell effektive Querverbindungen zu schaffen und die Innenstadt zu entlasten. Wir halten an unserer Forderung an den Freistaat Bayern fest: Ein S-Bahnring muss her – zur Vernetzung der Außenbezirke, zur Schaffung von Direktverbindungen und zur Entlastung der Innenstadtbereiche!
- Die U-Bahn ist eines der wichtigsten und effektivsten Fortbewegungsmittel in unserer Stadt. Trotz angespannter Haushaltslage wollen wir den Ausbau der Münchner U-Bahn weiter vorantreiben. Wir setzen uns daher für eine

zügige Fertigstellung der sich im Bau befindlichen U6- und U5-Verlängerungen sowie eine zeitnahe Umsetzung der U9-Spange ein. Zudem fordern wir die Prüfung weiterer Verbindungsspangen in Anlehnung an die U26, da diese für eine Entlastung der U-Bahn notwendig sind. Der Betrieb des bisherigen Netzes muss zudem durch ausreichendes Personal und Fahrzeuge sichergestellt werden und es müssen frühzeitig Bedarfsprognosen bei der Planung und dem Ausbau des Netzes berücksichtigt werden.

- Eine neue U-Bahn-Sicherheit für die MVG: Alle sollen sich in der Münchner U-Bahn sicher fühlen. Wir wollen die U-Bahn-Wache in eine U-Bahn-Sicherheit weiterentwickeln, die sich vollständig in öffentlicher Trägerschaft befindet und so Vertrauen und Transparenz schafft. Eine sichere U-Bahn in München kommt ohne eine zivile, mit Schusswaffen ausgestattete U-Bahn-Wache aus. Der Fokus soll auf Prävention, Deeskalation und qualifizierter Erste-Hilfe liegen, um die Sicherheit der Fahrgäste nachhaltig und merklich zu stärken.
- Bike & Ride: Wir setzen uns für sichere und gut erreichbare Fahrradabstellmöglichkeiten an allen ÖPNV-Haltestellen ein, die nahtlos mit Radwegen verbunden sind. MVG-Bikes sollen als Bestandteil des ÖPNV-Netzes ins Deutschlandticket integriert werden, um Haltestellen besser erreichbar zu machen. Wir fordern die Erweiterung der Nutzungsgebiete und den Ausbau des Angebots. Der Nutzer*innenkomfort, besonders ein zuverlässiges Schließsystem der Räder, muss hierbei im Vordergrund stehen. Um die Sicherheit der Nutzer*innen sicherzustellen, soll jedes Fahrrad mit einem Helm ausgestattet sein. Zusätzlich fordern wir mit dem Ziel, beispielsweise Familien mit niedrigerem Einkommen eine Alternative zum Auto bieten zu können, den Ausbau und die weitreichendere Bewerbung von Modellen, bei denen Lastenräder unkompliziert ausgeliehen werden können.
- Radfahren muss sicher sein und Spaß machen! Dafür setzen wir auf Maßnahmen, die unverzüglich umgesetzt werden können: mehr Rechtsabbiegepfeile für Fahrräder, der Ausbau von Rad-Schnellspuren und Rad-Ring-Verbindungen sind ein Muss. Bestehende Radschutzstreifen sollen zu vollwertigen Radwegen werden, notfalls müssen Parkplätze weichen! Radwege sind im Winter genauso zu räumen wie Straßen, und blockierende Räder gehören entfernt. Ein ganzjährig attraktives Radl-Netz entlastet den Verkehr und steigert die Lebensqualität in München erheblich.
- Wir halten an unserer Vision der autofreien Innenstadt fest. Dafür fordern wir eine kontinuierliche und ambitionierte Ausweitung der autofreien Zonen.

- Fußgänger*innen müssen sich auch nachts sicher in München bewegen können. Wir fordern deswegen, besonders in Stadtrandgebieten, einen Ausbau von Straßen- und Parkbeleuchtungen.

München als Vorreiter für eine nachhaltige Großstadt!

Unser Ziel ist klar: München soll 2035 klimaneutral sein! Das erreichen wir durch verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Energie, Mobilität, Industrie, Landwirtschaft und natürlichen Maßnahmen.

- Um für München bis 2035 eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung zu sichern, wollen wir den Ausbau der Fernwärmenetze sowie den Geothermieausbau weiter vorantreiben. Neue Stadtgebiete müssen erschlossen und die Kosten für Fernwärme gesenkt werden. Unser Ziel ist es, in den nächsten fünf Jahren mehr als die Hälfte aller Gebäude in München mit Fernwärme zu versorgen. Die Bundesförderung für Geothermie muss von den SWM voll ausgeschöpft werden.
- Luft-Wasser-Wärmepumpen stellen einen zentralen Baustein der Energiewende im Gebäudebereich dar. Gerade in Bereichen, wo der Einsatz anderer Wärmepumpenarten nicht möglich ist, muss auf Luft-Wasser-Wärmepumpen zurückgegriffen werden. Der Einsatz dieser ist aktuell mit einigen bürokratischen Hürden verbunden. Deshalb fordern wir den Abbau bürokratischer Hürden für den Einsatz von Luft-Wasser-Wärmepumpen.
- Hitzeextreme müssen bestmöglich abgemildert werden, um unser Wohlergehen auch an heißen Tagen zu gewährleisten. Maßnahmen wie Begrünung, Entsiegelung, und die Reduzierung geparkter Autos vermindern innerstädtische Hitze. Auch eine Förderung von Fassadenbegrünung soll etabliert werden. Wir fordern eine in regelmäßigen Abständen stattfindende Evaluierung und Anpassung des Hitzeschutzplans der Stadt München, um Bürger*innen bestmöglich vor Überhitzung zu schützen.
- Starkregenereignisse stellen ebenfalls eine Herausforderung dar. Mit dem Prinzip der Schwammstadt wird nicht nur die Hochwassergefahr reduziert, sondern auch mehr Regenwasser nutzbar gemacht. Die Versickerung, Verdunstung und Speicherung von Regenwasser sollen gefördert werden, um die Kanalisation zu entlasten.
- Die Stadt muss private Flächen aktiv miteinbeziehen, um den Klimaschutz voranzutreiben. Da die Stadt auf private Flächen nicht zugreifen kann, setzen wir auf ein Förderprogramm, das Anreize für klimafreundliche Projekte

wie Fassadenbegrünung und Entsiegelung schafft. So werden auch Privatpersonen Teil der Lösung für eine nachhaltige Zukunft!

- Ein weiterer Baustein, um der existierenden Bedrohung durch den Klimawandel entgegenzutreten, ist die Entnahme von bereits emittierten CO₂ aus der Atmosphäre (Negativ-Emissionen).
- Die Stadtwerke München müssen ihre Versorgung mit 100 % Ökostrom sicherstellen, auch wenn der Strombedarf in der Zukunft steigen wird. Ein deutschlandweit konzipiertes Stromnetz ist unverzichtbar. Zeitgleich muss auch in München die Schaffung von dezentralen Stromspeicher-Kapazitäten hochgefahren werden. Die Stadt München setzt sich auch im Freistaat für den weiteren Stromspeicherausbau ein.
- Wir fordern die Schaffung von geologischen Wärmespeichern im Stadtgebiet München.

Für eine klimafreundliche und zukunftsfähige Wirtschaft!

Wir wollen München zu einem Vorreiter für nachhaltiges Wirtschaften machen! Für uns geht ökologische Nachhaltigkeit immer mit sozialer Verträglichkeit und gut bezahlten Arbeitsplätzen einher. Eine nachhaltige, zukunftsfähige Wirtschaft bildet die Grundlage für ein lebenswertes München.

- Sozial- und ökologische Unternehmensformen an erster Stelle: Unternehmen, die verantwortungsvoll handeln und nachhaltig wirtschaften, haben bei uns Priorität. Wir fördern Modelle, die Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.
- München als Leuchtturm nachhaltiger Wirtschaft: Unsere Stadt soll als Standort für sozial- und ökologisch verträgliche Unternehmensformen strahlen. Gemeinsam erzählen wir die positive Geschichte einer Stadt, die Verantwortung für ihre Wirtschaft übernimmt und dabei Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt.
- Wir wollen das Vergabe-Prädikat „Gute Beschäftigung in München und Region“ um ökologische Kriterien erweitern und damit zu einem nachhaltigen, sozialen und arbeitsrechtlichen Prädikat weiterentwickeln.
- Förderung von Repair-Cafés, Sharing-Konzepten und Tauschbörsen: Indem wir Veranstaltungen und Initiativen wie Repair-Cafés und Tauschbörsen unterstützen, fördern wir die Kreislaufwirtschaft und verringern den Ressourcenverbrauch. Diese Angebote stärken das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum und Reparaturkultur in der Bevölkerung.

- Die in Gebäuden verbauten Ressourcen sollen digital aufgenommen werden und in Form einer digitalen Baustoffbibliothek inventarisiert und verwaltet werden. Bevor bei Neu- oder Umbauten neue Ressourcen beschafft werden, sollen die Stadt und ihre Dienstleister zunächst auf den Pool der bereits verbauten Ressourcen zurückgreifen. Zudem gelingen Sanierungen leichter als Neubauten, wenn nachvollziehbar ist, welche Ressourcen im Gebäude bereits verbaut sind und ersetzt oder ergänzt werden müssten. Weil Neubauten stark zur Klimabelastung beitragen, schaffen wir so einen echten ökologischen und klimapolitischen Mehrwert.
- Wir fordern einen weiteren und breiteren Ausbau der Trinkbrunnen in städtischen Grün- und Parkanlagen sowie an U- und S-Bahn-Stationen in und um München.

Eine moderne und digitale Stadt!

Damit München als Stadt gut funktioniert und für alle zugänglich ist, braucht es eine kluge, gemeinwohlorientierte Digitalisierung. Sie ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um Verwaltung zu vereinfachen, Abläufe zu beschleunigen und Zugänge niedrigschwellig zu gestalten. Ob Glasfaserausbau, digitale Terminvergabe oder freier Zugang zu WLAN – Digitalisierung muss an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden und überall dort eingesetzt werden, wo sie einen echten Mehrwert schafft. München soll zur digitalen Vorzeigestadt werden. Digitalisierung muss dabei als Querschnittsaufgabe von Anfang an mitgedacht werden.

- Wir stehen für einen kommunalen Glasfaserausbau bis in die Wohnung, der an den Bedürfnissen der Bürger*innen ausgerichtet ist. Statt auf private Monopolinteressen zu setzen, soll München durch einen transparenten, schnellen und gemeinwohlorientierten Ausbau der digitalen Infrastruktur durch die Stadtwerke München zukunftssicher gemacht werden. Die Stadtwerke müssen direkt bei der Verlegung von Glasfaserverbindung großzügig Kapazitäten für einen weiteren Anstieg des Datenbedarfs in den künftigen Jahren installieren.
- Digitalisierung darf nicht als nachträglicher Gedanke in der Stadtplanung behandelt werden. Bereits bei der Konzeption fachlicher Projekte müssen digitale Aspekte mitgedacht werden – aber ohne dass die Verantwortung allein auf IT-Abteilungen abgeschoben wird. Digitalisierung gelingt nur, wenn Fachbereiche und IT auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Fachliche Kompetenz und digitale Umsetzung müssen gemeinsam wirken, damit digitale Lösungen nicht an den Bedürfnissen vorbei geplant werden. Deshalb

braucht es auch in den städtischen Haushaltsbudgets ausreichend finanziellen Spielraum für kooperative, fachübergreifende Digitalisierungsprojekte. Nur so bleibt München auch morgen eine moderne und lebenswerte Stadt – mit einer Verwaltung, die sowohl fachlich stark als auch digital anschlussfähig ist.

- Wir fordern die Schaffung eines vollständig digitalen Amtes, das ein umfassendes Online-Angebot bereitstellt und Behördengänge auf das Wesentliche reduziert. Verwaltungsprozesse sollen dabei so gestaltet werden, dass sie vollständig zugänglich digital ablaufen – mit einem Fokus auf Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit.
- Digitaler Zugang muss Teil der Daseinsvorsorge sein. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von kostenlosem und leistungsstarkem WLAN an öffentlichen Plätzen und Bildungseinrichtungen.
- Die Münchner Stadtbibliothek soll als niederschwelliger Aufenthaltsort für alle mit kostenlosem Internetzugang, günstigen Druckmöglichkeiten und Zugang zu Medien aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. Wir wollen mehr Standorte, an denen man arbeitet und lernt. Der Online-Katalog der Bibliothek muss einfacher zu bedienen sein.